

- **AG der Kirchlichen Flüchtlingsarbeit in Hamburg**
- **Menschenrechts- und Flüchtlingsbeauftragte der Nordelbischen Ev. – Luth. Kirche**

Gemeinsame Presseerklärung
26. Mai 2010

Zur Innenministerkonferenz am 27./28. Mai
Kirchliche Flüchtlingsarbeit fordert neue Vorzeichen der Flüchtlingspolitik:
„Aufnehmen statt abschotten!“

Anlässlich der am 27./28. Mai in Hamburg tagenden Konferenz der Innenminister des Bundes und der Länder fordern die Kirchliche Flüchtlingsarbeit Hamburg und die Nordelbische Flüchtlingsbeauftragte einen Paradigmenwechsel hin zur verstärkten und auf volle Integration angelegte Aufnahme von Flüchtlingen. Mit einer Reihe von Verbesserungsvorschlägen regen die Fachdienste von Kirche und Diakonie eine künftig deutlich andere Flüchtlingspolitik an.

Staatliches Umgehen mit Schutzsuchenden soll von der sozialen Ausgrenzung und erzwungenen Rückkehr um jeden Preis hin zur echten Aufnahme und Integration verändert werden. Das gilt für Roma-Flüchtlinge aus dem Kosovo, wie für Verfolgte aus anderen Herkunftsländern.

Die Aufnahmehaltung in unserem Land ist zu stärken, wie sie die Kampagnen von *Save-me* und *Safe-Haven* (Schleswig-Holstein) zivilgesellschaftlich aufzeigen. Für jährlich kontingentierte *Resettlement*-Aufnahme-Programme des UNHCR oder das europäische EUREMA sind deutsche Umsetzungsprogramme zu schaffen, um dem weltweit steigenden Bedarf an humanitärer Flüchtlingsaufnahme, gerecht zu werden.

Die Abschiebungshaft ist in jedem Bundesland anders ausgestaltet. Menschen geraten hinter Gitter, nur weil sie hierzulande unerwünscht sind. Eine Evaluation dieser sogenannten „Zivilhaft“ ist evident und muss unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Fachleute passieren. Nicht erst die jüngsten Hamburger Abschiebungshafttoten mahnen, dass Traumatisierte, minderjährige Flüchtlinge und schwangere Frauen nicht in Haft gehören.

Es ist an den in Hamburg versammelten Innenministern, die aktuelle Praxis des europäischen Dublin-II-Verfahrens – nach der in Deutschland ständig zahllosen Flüchtlingen die Durchführung eines Asylverfahrens verweigert wird – einer genauen Prüfung zu unterziehen. Die regelmäßige Anwendung geltenden Rechts, wie des Selbsteintritts, könnte Betroffene vor drohenden Kettenabschiebungen retten. Dass stattdessen ständig Flüchtlinge auf dem Transit zu Angehörigen in anderen europäischen Ländern hier aufgegriffen und inhaftiert werden, ist ein menschenrechtlicher Unzustand.

Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge und andere besonders schutzbedürftige Gruppen bedürfen großzügiger Aufnahme und nicht der Diffamierung und

ordnungsrechtlichen Überprüfung. Sie gehören weder in Haft noch in nicht-jugendgerechte Abwehrverfahren. Kinderflüchtlinge brauchen Ruhe- und Schutzräume, wie auf ihre Bedarfe spezialisierte Clearingstellen, wo sie ihre oft langjährigen Fluchterfahrungen und Traumatisierungen benennen und für das Leben im Exil Orientierungshilfen bekommen können.

Menschen ohne Papiere sind Möglichkeiten der Beratung mit dem Ziel, ihren Aufenthalt zu legalisieren, an die Hand zu geben. Ein vorläufiger Aufenthaltsstatus von ca. zwei Jahren, bei Nachweis von Wohnraum und Arbeit, kann Betroffene in die Lage versetzen, vielfältigen ausbeuterischen Abhängigkeiten zu entfliehen, sowie Steuern und Krankenversicherung zu zahlen.

Die Härtefallkommissionen haben sich in vielen Bundesländern Dank der Expertise der zivilgesellschaftlichen Kräfte etabliert. Besonders langjährig, hier krank gewordene und ausgebeutete MigrantInnen, sollten die Möglichkeit erhalten, sich unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus an diese Kommissionen zu wenden, wie Berlin es vormacht.

Die Hamburger Kirchlichen Flüchtlingseinrichtungen fordern die Innenministerkonferenz auf, sich zu einer neuen vom Gedanken der humanitärer Aufnahme, Diskriminierungsfreiheit und dauerhaftem Bleiberecht getragenen Flüchtlingspolitik zu bekennen und eine entsprechend verbindliche Politik zu verabreden.

gez. Martin Link, Flüchtlings- und Migrationsarbeit Hamburg-West/Südholstein

gez. Fanny Dethloff, Menschenrechts- und Flüchtlingsbeauftragte der Nordelbischen Ev. – Luth. Kirche